
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 6 (1978)

DOI: 10.11588/fr.1978.0.49279

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

In einem abschließenden Artikel verdeutlicht BOUVIER Strukturprobleme des französischen Imperialismus, wobei er insbesondere auf die Ergebnisse der Arbeiten von POIDEVIN, GIRAULT und THOBIE Bezug nimmt: neben einer nur schwach entwickelten Konzentrationsbewegung und der ohnehin auf den Bereich der *banques d'affaires* beschränkten Formation des Finanzkapitals ist das Anleihegeschäft nicht mit dem Export von Industriegütern gekoppelt; ferner stimmen geographische Verteilung des Kapitalexports und geographische Orientierung des Außenhandels nicht überein, wobei der langfristige Kapitalexport allerdings die defizitäre Handelsbilanz ausgleicht. Über traditionell marxistische Positionen, die den Kapitalexport vorzugsweise mit der Binnenkonjunktur verknüpfen, hinausgehend, plädiert BOUVIER für eine Synthese macro- und micro-ökonomischer Analysen, d. h. neben der internen muß auch die externe Akkumulation als Voraussetzung des Kapitalexports untersucht werden. Die These des *impérialisme rentier* erfährt eine gewisse Modifizierung durch den Befund eines *impérialisme entrepreneur* insofern, als ein Teil des Kapitalexports der Eisenbahn- und Industriefinanzierung – vor allem in Rußland – zufließt. Wenn auch eine Verschmelzung von Bank- und Industriekapital im Inland kaum zustande kam, so lassen sich schließlich durch den Kapitalexport auf den Außenmärkten finanzkapitalistische Kooperationen feststellen.

Wenn auch in den meisten Beiträgen der wirtschaftshistorische Approach vorherrscht, so lassen sich dennoch generalisierende Aussagen über die Korrelation zwischen Finanz- und Industriegruppen mit politischen Strategien nicht machen. Die vorliegende Aufsatzsammlung wendet sich nicht primär an den Spezialisten, sondern an ein breiteres Publikum; sie hat das Verdienst, die Bedeutung des *informellen Imperialismus* erstmals auf einer breiten Basis zur Darstellung zu bringen und dient zukünftigen Recherchen auch als Orientierungshilfe.

Dieter BRÖTEL, Stuttgart

Roger CHICKERING, *Imperial Germany and a World without War. The Peace Movement and German Society, 1892–1914*, Princeton, New Jersey (Princeton University Press) 1975, XIV–487 Seiten.

Seit Jahrzehnten fehlt es nicht an Literatur über den Pazifismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert, doch krankt sie ganz überwiegend an zwei Schwächen: soweit sie zeitgenössisch ist, ist sie großenteils apologetischer oder polemischer Natur, wo sie aus zeitlicher Distanz und mit wissenschaftlichem Anspruch geschrieben ist, beschränkt sie sich in der Regel auf die innere Entwicklung der betrachteten Organisationen oder setzt biographisch an. Der Verfasser, Historiker an der University of Oregon, sucht beides zu vermeiden, indem er zunächst die interne Entwicklung des deutschen Pazifismus beschreibt und sich dann dessen Verhältnis zu der ihm umgebenden Gesellschaft zuwendet. Einige der dort gewonnenen Arbeitshypothesen testet er durch einen Vergleich mit Frankreich, ehe er in einem Schlußkapitel das Fazit aus diesem Vergleich und den vorangegangenen Überlegungen zieht.

Der Verfasser beginnt mit einem knappen Überblick über die Anfänge des internationalen Pazifismus. Für den Untersuchungszeitraum selbst unterscheidet er zwei nach Argumentationsweise und Anhängerschaft deutlich voneinander geschiedene Unterbegriffe: während die Anhänger des »utopischen« Pazifismus – durchweg Unterklassen oder Randgruppen zugehörig – den Krieg als Ausfluß einer irreparabel zerrütteten Gesellschaftsordnung betrachteten und dauerhaften Frieden nur über eine soziale Revolution glaubten erreichen zu können, lehnten die »ideologischen« Pazifisten (meistens Angehörige des mittleren und kleinen Bürgertums) den Krieg ab, weil er eine nach ihrer Meinung an sich gute Gesellschaftsordnung in ihrem Bestand gefährdete. Es scheint nicht allzu günstig, die Begriffe »utopisch« und »ideologisch« in dem skizzierten Sinne zu verwenden: bei näherem Zusehen erscheint der in der Arbeiterbewegung vorfindliche Pazifismus sehr viel ideologischer als der bürgerliche, dieser viel utopischer als jener. Allerdings bleibt diese nicht ganz überzeugende Begriffsbildung insofern folgenlos, als Chickering aus ihr keine weitergehenden Schlüsse ableitet und sich im übrigen ganz überwiegend auf den mittelständischen Pazifismus beschränkt.

Der in diesem engeren Sinn verstandene Pazifismus ist in Deutschland erst recht spät – um die Mitte der 1880er Jahre – ins Leben getreten. Von Anfang an hatte er mit verschiedenen Problemen zu kämpfen, die ihm fortan immer wieder zu schaffen machten: die Mitgliederwerbung erwies sich als schwierig, die Presse als uninteressiert, wenn nicht gar als unfreundlich; die Öffentlichkeit sah im Pazifismus ein zutiefst unnationales Unterfangen, die Polizei nicht selten eine an Vaterlandsverrat grenzende Bewegung; Aktivität und publizistische Durchschlagskraft der meisten Mitglieder hielten sich in engen Grenzen, nicht dagegen ihr Hang zu Vereinsmeierei, zur verbandsinternen Intrige etc. Kurzum: die Entwicklung der (seit 1892 zur Deutschen Friedensgesellschaft zusammengeschlossenen) pazifistischen Ortsgruppen verlief weder dynamisch noch störungsfrei.

Ihre Mitglieder stammten – soweit die spärlichen Daten dies erkennen lassen – überwiegend aus Kreisen des Handels und besonders der Volksschullehrerschaft. Sie wiesen häufig moralisierend-irrationale Charakterzüge auf, neigten zur Schwarz-Weiß-Malerei und waren politisch eher naiv als realistisch zu nennen. Soweit sie sich überhaupt der praktischen Politik verbunden fühlten, tendierten sie zur bürgerlichen Linken, allenfalls noch zu den nichtmarxistischen »Gewerkvereinen«. Erst nach der Jahrhundertwende gelang es, ihnen in Gestalt von Alfred Frieds »Handbuch der Friedensbewegung« wenigstens eine theorieähnliche gemeinsame Grundlage zu geben.

Neben der Deutschen Friedensgesellschaft bestanden verschiedene Organisationen die – wie etwa Haeckels Monistenbund, der Deutsche Freidenkerbund oder die deutschen Anhänger des Esperanto – primär andersgeartete Ziele verfolgten, aber den Pazifismus als diesen dienlich und insofern förderungswürdig betrachteten. Besonderes Gewicht erlangte der 1911 gegründete Verband für Internationale Verständigung. Er war als Sammelbecken intellektueller Pazifisten konzipiert, die sich nicht zum Eintritt in die geistig und sozial wenig attraktive Deutsche Friedensgesellschaft entschließen konnten. Schon bald nach

seiner Gründung wies der Verband eine vergleichsweise stattliche Mitgliederliste auf, darunter nicht wenige prominente Hochschullehrer. Dennoch blieb seine Wirksamkeit gering. Chickering neigt dazu, sie etwa halbwegs zwischen den Behauptungen seiner Anhänger und seiner Gegner einzustufen, doch überzeugt Hallgartens Einschätzung des Verbands als »Offiziere ohne Armee« mehr.

Die Friedensgemeinschaft und der Verband für Internationale Verständigung waren sich einig darin, daß Regierungen, Parlamente und Öffentlichkeit in Deutschland zum Frieden erzogen werden mußten. In dem Bestreben, hier Erfolg zu haben, wurden vielfältige Wege beschritten. Man intensivierte die Zusammenarbeit mit Frauenvereinen und Wandervogelbünden, man richtete Petitionen an die Parlamente, man appellierte an die politischen Entscheidungsträger. Freilich blieben die Erfolge hinter den Erwartungen zurück: Ein in Baden unternommener Versuch, die Lehrbücher der Volksschulen von militaristischem und chauvinistischem Ballast zu befreien, scheiterte an der Landesregierung; in Preußen passierte eine ähnliche Initiative nicht einmal den Landtag. Das höhere Schulwesen erwies sich als praktisch unzugänglich, da der typische Oberlehrer für den Pazifismus keinerlei Sympathien aufzubringen vermochte. Kaum anders dachte die große Mehrzahl der Hochschullehrer, dergegenüber die Mitglieder des Verbandes für Internationale Verständigung stets eine kleine, ungeliebte Minderheit blieben. Das Militär verhielt sich gleichgültig, was allein schon die geringe Stoßkraft des deutschen Pazifismus verdeutlicht. Ähnlich verharrte die Presse (mit der gelegentlichen Ausnahme einiger Ullstein-Blätter) in Desinteresse, wenn nicht Gegnerschaft. Selbst die Kirchen konnten den *Friedensaposteln* kaum Sympathien entgegenbringen; noch 1912 gehörten kaum 0,3% der in Deutschland tätigen Pfarrer beider Konfessionen der Deutschen Friedensgesellschaft an.

Nicht erfolgreicher verliefen die Versuche der Friedensgesellschaft, Einfluß auf die politischen Entscheidungsträger zu nehmen. Mochten der Friedensidee auch gelegentlich rhetorische Zugeständnisse gemacht werden, in der Praxis sanken die pazifistischen Erfolgchancen mit abnehmender Entfernung von den Machtzentren. Wie gering dort das wirkliche Interesse etwa an internationaler Schiedsgerichtsbarkeit war, demonstriert der Verfasser überzeugend an einem Vergleich zwischen den öffentlichen Stellungnahmen der Reichsleitung zu den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 und dem tatsächlichen Verhalten der dortigen deutschen Delegationen. Kaum anders dachten die im Reichstag vertretenen Rechtsparteien einschließlich großer Teile des Zentrums. Selbst die Sozialdemokratie sperrte sich aufgrund ihres anderen Gesellschaftsbildes lange gegen die Avancen der Deutschen Friedensgesellschaft; erst in den letzten Vorkriegsjahren kam wenigstens eine gewisse Annäherung zustande. Insgesamt also war die politische Bedeutung des deutschen Pazifismus auf nationaler Ebene gering. Seine Anhänger verkannten dies nicht nur, sondern glaubten geradezu, in hohen und höchsten Hof- und Regierungskreisen über besondere Protektion zu verfügen.

So pazifistisch sich die Deutsche Friedensbewegung auch im Inland verhielt, auf internationaler Ebene neigte sie nicht selten zur Bekundung eines an der

Wünschbarkeit des europäischen Status quo orientierten Nationalismus. In Übersee befürwortete sie die deutsche Kolonialpolitik und beklagte es, daß Deutschland als eines der jungen, aufstrebenden Völker bei der kolonialen Verteilung zu kurz gekommen sei. Den Stil der deutschen Außenpolitik allerdings kritisierte sie mit Schärfe. Als besonders friedensbedrohend empfand sie die deutsche Flottenrüstung. Ein 1905 gegründetes »Deutsch-Englisches Verständigungskomitee« suchte deren Folgen auszugleichen. Der Erfolg war freilich kaum größer als der des ähnliche Ziele verfolgenden »Deutsch-Französischen Annäherungskomitees«.

Diese Mißerfolge und die Zuspitzung der internationalen Lage in den letzten Friedensjahren ließen im deutschen Pazifismus eine gewisse Resignation entstehen. Als der Krieg schließlich ausbrach, stellte sich die große Mehrzahl der deutschen Pazifisten auf den von der Reichsleitung vertretenen Standpunkt, daß es sich hier um einen Verteidigungskrieg handle, der von allen Deutschen ohne Ansehen ihrer sonstigen politischen Präferenzen geführt werden müsse.

Warum aber blieb nun der deutsche Pazifismus so erfolglos? 1923 vertrat Hans Delbrück vor einem Untersuchungsausschuß des Reichstags die Auffassung, Realitätsferne und Unfähigkeit der deutschen Pazifisten seien dafür in erster Linie verantwortlich zu machen gewesen. Chickering testet diese Hypothese am Beispiel Frankreichs: War der dortige Pazifismus trotz andersgearteter politischer Rahmenbedingungen ähnlich glücklos wie der deutsche, dann – so Chickerings Argument – fiel der Pazifismus in der Tat seiner eigenen Schwäche zum Opfer. Andernfalls möchte Chickering die »politische Kultur« für sein Scheitern verantwortlich machen.

Chickerings Analyse der französischen Verhältnisse liefert ein in zahlreichen Einzelheiten von Deutschland abweichendes Bild. Der französische Pazifismus war nicht nur personell weit stärker, sondern er fand auch erheblich größere Resonanz bei allen politischen Parteien, im sekundären und tertiären Bildungsbereich, in Regierung und Bürokratie. Dementsprechend erzielte er größere politische Erfolge, wenn er auch den Krieg letztlich nicht verhindern konnte. So kommt Chickering zu dem Ergebnis, daß Delbrücks Hypothese nicht zutreffe, sondern daß vielmehr die besonderen soziopolitischen Rahmenbedingungen den eigentlichen Grund für das Scheitern des deutschen Pazifismus abgegeben hätten.

Abschließend sucht der Verfasser seine These durch einen nochmaligen Blick auf die in Deutschland grassierenden antipazifistischen Strömungen zu erhärten. Er konzentriert sich dabei in erster Linie auf die extremen und auch von nicht-pazifistischen Zeitgenossen keineswegs immer kritiklos hingenommenen Auslassungen eines Bernhardi, von Stengel oder Keim. Im Grunde schadet Chickering damit eher seiner Argumentation: Bernhardi und seinesgleichen repräsentierten in ihrer Extremität nur einen begrenzten Teil der Öffentlichkeit, und ähnliche Stellungnahmen finden sich zur gleichen Zeit gerade auch in Frankreich. Nicht an ihnen scheiterte also der deutsche Pazifismus, sondern daran, daß mildere Spielarten dieser Einstellung in allen öffentlichen Bereichen vorherrschten. Auch sie hat der Verfasser in seiner Untersuchung einbezogen, doch hätte dies ausführlicher geschehen können. Darüberhinaus hätte eine Analyse der ver-

fassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, der Meinungsbildungsmechanismen, der politischen Traditionen und der politischen Sozialisationsmechanismen das Bild ergänzt, wenn auch in seinen Grundzügen schwerlich geändert.

Insgesamt wird man also Chickerings Ergebnissen voll zustimmen können. Die Stärke seiner Arbeit liegt in einer gründlichen Aufbereitung des aus der Friedensbewegung stammenden Materials und darin, daß er das Verhältnis dieser Bewegung zu der sie umgebenden Gesellschaft thematisiert hat. Hervorhebenswert ist ferner die Einbeziehung außerdeutscher Friedensbewegungen (bes. der französischen) in den Gang der Untersuchung. Chickerings Arbeit unterscheidet sich also von früheren vor allem dadurch, daß sie weder nur pazifistische Vereinsgeschichte ist, noch rein deutschlandbezogen vorgeht. Beides hätte allerdings gelegentlich vielleicht noch fruchtbarer für die Analyse gemacht werden können. Abschließend sei die ungemein reichhaltige Bibliographie hervorgehoben, die sich sehr positiv von den bibliographischen Essays abhebt, wie sie sonst amerikanischen Arbeiten gerne angefügt werden.

Lothar BURCHARDT, Konstanz

Heiner RAULFF, *Zwischen Machtpolitik und Imperialismus. Die deutsche Frankreichspolitik 1904/06*, Düsseldorf (Droste) 1976, 215 S.

Nachdem die deutsche Rußlandpolitik des vergleichbaren Zeitraums durch B. Vogel kürzlich eine eingehende Untersuchung gefunden hat, verdient die vorliegende Studie über die deutsche Frankreichpolitik in der Zuspitzung der ersten Marokkokrise durchaus einiges Interesse. Die vor allem aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn gearbeitete Darstellung, die trotz der Fülle der verwendeten Quellen lesbar geblieben ist, will einen Beitrag leisten zur Aufhellung der komplizierten außenpolitischen Situation dieser Krisenjahre mit ihren auf verschiedenen Ebenen angesiedelten diplomatischen Aktivitäten. Leitender Gesichtspunkt der Studie sind die Bestimmung des Stellenwertes der deutschen Frankreichpolitik sowie die im Titel ausgedrückte Frage nach dem Verhältnis von imperialistischer Politik und traditioneller Machtpolitik. Überzeugend vertritt der Verf. die These, daß die Marokkofrage und damit das Verhältnis zu Frankreich »nur als Funktion der deutsch-englischen bzw. deutsch-russischen Beziehungen« zu betrachten ist und die deutsche Einschätzung Frankreichs immer nur von dieser diplomatischen Alternative her erfolgte. Was das Verhältnis zwischen Imperialismus und Machtpolitik angeht, so ist der Verf. zwar deutlich bemüht, das Engagement imperialistischer deutscher Wirtschaftskreise und auf diesem Gebiet aktiver Diplomaten wie Kühlmann sorgfältig herauszuarbeiten, kommt aber dennoch zu dem Ergebnis, daß das deutsche Kalkül in der Marokkokrise primär machtpolitisch bestimmt gewesen sei. Die imperialistische Linie wäre erst nach dem Höhepunkt und Umschlag der Krise im Juni 1905 stärker hervorgetreten, wobei auch dann »europäische